

Anfrage Bardill betreffend Finanzentlastung für Gemeinden mit hohem Anteil an Kindern im schulpflichtigen Alter

Der Grosse Rat ist willens, dem Fachkräftemangel in unserem Kanton entgegenzutreten. Mit der Förderung von bezahlbarem Wohnraum, familienergänzender Kinderbetreuung und attraktiven Arbeits- und Steuerbedingungen wurde und wird ein Massnahmenbündel geschnürt, das sich kurz- und mittelfristig positiv auf den Kanton als Arbeits-, Lebens- und Familienmittelpunkt auswirken wird.

Es wäre politisch nachlässig, würden mittel- und langfristige Faktoren für die Gewährleistung der Standortattraktivität Graubündens ausser Acht gelassen. Dazu gehören die bedarfsgerechte Infrastruktur und die pädagogische Qualität für die Volksschulen. Die Volksschule ist der zentrale Träger, wenn es darum geht, für bereits ansässige und für zuziehende Familien in Graubünden weiterhin ein hochwertiges Bildungsangebot bereitzustellen. Für Gemeinden, die sich einer familienfreundlichen Wohnraumpolitik für Erstwohnende verpflichten, ergeben sich daraus grosse Herausforderungen. Mit steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen werden Investitionen in Bildungsinfrastruktur und in qualifiziertes Personal unumgänglich. Die bevorstehende Steuerreform mit dem Ziel, Familien zu entlasten, setzt diese Gemeinden zusätzlich unter Druck, weil rückläufiges Steuersubstrat dem steigenden Finanzaufwand in der Bildung entgegensteht.

Um Graubündens demografische Entwicklung in eine robuste Zukunft zu führen, sollen Gemeinden willens und fähig sein, nicht nur Erstwohnraum für Fachkräfte und deren Familien bereitzustellen, sondern die dafür erforderliche Infrastruktur und das Personal für die Volksschule sicherzustellen. Diese kommunale Herkulesaufgabe dient in erster Linie den eingangs genannten Interessen unseres Kantons. Die im Rahmen der Teilrevision des Volksschulgesetzes beschlossene Erhöhung der Schüler:innenpauschale um Fr. 200.- kann als erster Schritt zur Entschärfung der Situation gewürdigt werden. Sie ist als isolierte Massnahme jedoch nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein.

Vor diesem Hintergrund gelangen die Unterzeichnenden mit zwei Fragen an die Regierung:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Regierung, um kinderreiche Wohngemeinden von ihren überdurchschnittlichen Infrastruktur- und Personalkosten im Bildungsbereich gezielt zu entlasten?
2. In welchem Ausmass ist die Regierung bereit, in der Berechnungsgrundlage für den Finanzausgleich die Schülerquote gegenüber der Strassenlänge und der Bevölkerungsstruktur stärker zu gewichten?

Chur, 24. April 2025

Bardill, Loepfe, Heim, Atanes, Baselgia, Bettinaglio, Biert, Bundi, Cahenzli-Philipp, Dietrich, Epp, Föhn, Furger, Gansner, Gartmann-Albin, Hartmann, Holzinger-Loretz, Horrer, Kaiser, Kohler, Kreiliger, Lunghi, Mani, Müller, Nicolay, Niederreiter, Orlik, Preisig, Roffler, Rusch Nigg, Rutishauser, Said Bucher, Zanetti (Landquart), Zindel, Zogg